

**Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion
und der Fraktion Grüne/Die Linke.** öffentlich

| Zur Sitzung | Sitzungstermin | Behandlung |
|-----------------------------------|----------------|--------------|
| Bezirksvertretung Meiderich/Beeck | 26.03.2026 | Entscheidung |

Betreff

**Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der
Fraktion Grüne/Die Linke.**

**hier: Resolution der Bezirksvertretung Meiderich/Beeck zur Unterstützung des
Brandbriefs hinsichtlich der Planung zum Ausbau der A59**

Inhalt

Die Bezirksvertretung Meiderich/Beeck schließt sich dem gemeinsamen Brandbrief (siehe Anlage) des Meidericher Bürgervereins von 1905 e.V. sowie des Bezirksbürgermeisters Eren Yantaki an und unterstützt ausdrücklich die darin formulierten Forderungen gegenüber dem Bundesverkehrsministerium im Hinblick auf die Planungen zum Ausbau der A59.

Begründung

Der Stadtbezirk Meiderich/Beeck ist seit Jahrzehnten erheblich durch Verkehrsinfrastruktur belastet. Der geplante Ausbau der A59 stellt daher eine zentrale Weichenstellung für die zukünftige Entwicklung und Lebensqualität im Duisburger Norden dar.

Der vorliegende Brandbrief des Meidericher Bürgervereins von 1905 e.V. sowie des Bezirksbürgermeisters macht deutlich, dass zahlreiche Hinweise, Forderungen und über 1.400 Einwendungen aus der Bürgerschaft, von Initiativen und aus der Politik im bisherigen Planungsverfahren offenbar nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Dies führt zu großem Unverständnis und berechtigter Kritik in der Bevölkerung.

Insbesondere die derzeit favorisierte Hochstraßenlösung birgt die Gefahr einer weiteren Verschärfung der bestehenden Belastungen. Zusätzlicher Lärm, erhöhte Umweltbelastungen sowie eine dauerhafte räumliche Trennung der Stadtteile würden die Lebenssituation der Menschen vor Ort weiter verschlechtern.

Demgegenüber bietet der Ausbau der A59 die Chance, städtebauliche Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu korrigieren und nachhaltige Verbesserungen zu erreichen. Eine alternative Tunnellösung könnte die Belastungen deutlich reduzieren und neue Entwicklungsperspektiven für den gesamten Stadtbezirk eröffnen.

Vor diesem Hintergrund ist es geboten, die im Brandbrief formulierten Forderungen zu unterstützen und eine grundlegende Überprüfung der bisherigen Planungen einzufordern.